

In Panik

Das Photounternehmen Rollei wird liquidiert, der letzte Sanierungsversuch hatte die Finanziere nicht überzeugt.

Noch am 8. April hatte sich Hannsheinz Porst, damals gerade ein paar Tage Chef der Rollei-Werke, für die Sanierung der maroden Photofabrik stark gemacht. Markig verkündete er vor der Belegschaft: „Wesentliches muß wesentlich geändert werden.“

Wie so etwas gemacht wird, führte Porst („Ich liebe den Erfolg und brauche ihn“) dann am Donnerstag vergangener Woche vor: Beim Amtsgericht Braunschweig beantragte er für Rollei die Eröffnung des Vergleichsverfahrens — die Firma wird liquidiert.

Am Tag zuvor hatte Porst der Norddeutschen Landesbank (Nord/LB), die bereits rund 700 Millionen Mark in das Unternehmen gesteckt hat, noch ein neues Konzept vorgelegt. Damit hoffte er, vielleicht 1983 oder 1984 aus den Verlusten zu kommen.

Doch Nord/LB-Chef Adolf Kracht mochte nicht mehr. Weitere verlorene Zuschüsse von mindestens 80 Millionen Mark, meinte der Bankier, seien zu viel.

Porst, der selbst kein Geld in seine Neuerung gesteckt hat, reagierte verbittert. Denn gerade jetzt, schimpfte er, hätte Rollei „seit zehn Jahren zum erstenmal eine Chance gehabt“, vor dem Untergang gerettet zu werden.

Doch die Zahlen waren ganz anders. Schon seit Monaten liefen die Geschäfte derart schlecht, daß der teils sogar zinslos gewährte Kredit von 166 Millionen Mark nicht ausreichte. Für Juni war eine Liquiditätshilfe von fünf Millionen Mark vonnöten. Die Verluste des laufenden Jahres, ursprünglich auf 30 Millionen Mark taxiert, zeichneten sich bereits in einer Größenordnung von mehr als 45 Millionen Mark ab.

Auch beim Kabinett in Hannover, das mit 175 Millionen Mark Bilanzgarantie und Bürgschaften bei Rollei dabei ist, war nichts mehr zu holen. „Weitere Landeshilfe ist nicht möglich“, winkte Wirtschaftsministerin Birgit Breuel ab.

Die wichtigste Entscheidung fiel in Fernost. Dort nämlich, in Singapur, hatte die staatliche Entwicklungs-Bank (Development Bank of Singapore), die mit 25 Prozent bei Rollei beteiligt ist, jeden Spaß an ihrem Engagement verloren.

In Singapur hatte das damalige Rollei-Management vor zehn Jahren eine riesige Produktionsstätte gebaut. Doch die 120 Millionen Mark teure Fabrik war seit langem nur zu einem Bruchteil genutzt.

Rund 10 000 asiatische Rollei-Werker sollten dort, so der Vertrag mit der Regierung von Singapur, schon 1980 Kameras und Dia-Projektoren montieren. Tatsächlich sind inzwischen kaum 4700 beschäftigt — „mit Sicherheit zu viel“, meinte Porst.

Gerade auf Singapur hatten frühere Rollei-Chefs und die Nord/LB alle Hoffnung gesetzt. Denn dort konnte man dank der billigen Löhne noch billiger produzieren als selbst die Japaner in Japan.

Doch die Rechnung ging nicht auf. Die feinen Rollei-Produkte aus Singapur fanden längst nicht so viele Käufer, wie sich die Rollei-Manager das gedacht hatten. Statt der 600 000 Dia-Projektoren, die hergestellt werden



Gescheiterter Rollei-Sanierer Porst
An die Pegnitz zum Angeln

könnten, verlassen kaum 300 000 das Werk, statt einer Million Blitzgeräte nur 150 000.

Der Mann aus dem Fränkischen sollte dann alles zum Besseren wenden. Porst habe ein „Klasse-Konzept“, begeisterte sich Adolf Kracht, als er dem Nürnberger Photohändler im Frühjahr die Rollei-Werke zum Nulltarif übergab. Mit diesem Coup wechselte die Nord/LB, vorteilhaft für die Bilanz-Optik, aus der Position des Eigentümers in die des Gläubigers.

Doch im Grunde war zum Jahresanfang die Pleite schon besiegelt.

Mit der Produktion von Handelsmarken, die Rollei früher stets abgelehnt hatte, und der Entwicklung von „Mittelkomfort-Kameras“ gedachte Porst das Unternehmen hochzureißen. Mit der brandneuen Spiegelreflexkamera „SL 2000 F“ hatte das Traditionsunternehmen bei den Photofans noch einmal Furore gemacht.

Beim Fachhandel aber stand Porst von Anfang an im Gegenlicht. Nur in

„Panik“, schrieb das Branchenblatt „Inpho“, könne die Nord/LB die Rollei-Werke dem Nürnberger ausgeliefert haben.

Porst habe gerade im eigenen Unternehmen, einer bundesweiten Photohandelskette mit 1900 Geschäften, Millionenverluste erwirtschaftet. Das Fachblatt beschleunigte ihm schlicht „Unfähigkeit, den eigenen Laden in Ordnung zu bringen“.

Für „Inpho“ war der Porst-Einstieg damals schon „der Beginn des letzten Rollei-Kapitels“ — ein Porst-Modell mit eingebautem Selbstauflöser, witzelte die Branche.

Während Hannsheinz Porst in Braunschweig noch davon träumte, „zunächst 130 Arbeitsplätze“ zu schaffen, hatte sich ein wichtiger Finanzier schon daran gemacht, seinen Rollei-Nachlaß zu ordnen: Kommenden Herbst wird Nord/LB-Chef Kracht auf Wunsch seines Freundes August von Finck in den Vorstand der feinen Münchner Privatbank Merck, Finck & Co. einziehen.

Der gescheiterte Möchte-gern-Sanierer Porst beklagte inzwischen „das Ende der europäischen Photoindustrie“ nur ganz leise. Seinen Leuten in Braunschweig sagte der Initiator des Nürnberger Mitarbeiter-Unternehmens Porst („Mitsprache genügt eben nicht“) kein Wort.

Daß sie auf die Straße gesetzt werden, erfuhren die 700 Rollei-Werker am Freitag vergangener Woche aus der Zeitung. Von einem Sozialplan ist die Rede, die Einzelheiten werden noch geklärt.

Porst selbst zog sich pikiert ins heimliche Franken zurück, an die Pegnitz zum Angeln.

ATOMMÜLL

In Tücher wickeln

Strahlender Schrott vom abgetakelten Atomschiff „Otto Hahn“ lagert in einem provisorischen Erdbunker bei Hamburg — niemand weiß, wohin damit.

Der Kondukt bewegte sich im Schritttempo durch die Straßen des Elbstädtchens Geesthacht. Die Anteilnahme war groß, Ortsprominenz erschienen. Tausende gaben das letzte Geleit.

Unter die Erde gebracht wurde, am Mittwoch letzter Woche, ein 480 Tonnen schwerer Koloß: Europas stärkster Landkran hievte den Reaktordruckbehälter des stillgelegten westdeutschen Atomfrachters „Otto Hahn“ in einen 13 Meter tiefen Schacht.

Lange bevor das radioaktive Schiffsteil auf 32 Achsen mit 256 Rädern — über eigens verstärkte Kaimauern und frisch betonierte Straßen — zum Gelände der „Gesellschaft für Kernener-

gieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt mbH“ (GKSS) geschafft wurde, gab es für die Polizei in Hamburg und Schleswig-Holstein Großalarm.

Ein anonymes Anrufer hatte gedroht, er werde den Konvoi mit einer geklauten Bundeswehr-Rakete stoppen. Als das massige Monstrum in die Kleinstadt einrollte, versuchten indes nur 300 Demonstranten, die Fahrbahn zu blockieren — gewaltlos bis auf einen, der sich dazu hinreißen ließ, einem Beamten in den Finger zu beißen.

Mit der Protestaktion gegen den Schwertransport wollten Geesthachter Atomgegner ihren Unmut darüber kundtun, daß es in ihrer Heimatstadt nun gleich vier nukleare Gefahrenquellen gibt: neben einem Forschungsreaktor, einer Sammelstelle für schwach strahlende Abfälle aus Krankenhäusern und dem in Kürze betriebsbereiten Kernkraftwerk Krümmel jetzt auch noch den Reaktorbehälter der „Otto Hahn“.

Die Demonstranten befürchteten, der strahlende Schiffsschrott solle womöglich bis in alle Ewigkeit im Geestbacht der Elbgemeinde verschwinden — „unter dem Motto: Loch graben, Reaktorbehälter hinein, Sand drauf, fertig ist die Endlagerung“ (Flugblatt-Text).

Mit gutem Grund mißtrauen die Kernkraftkritiker offiziellen Beteuerungen, der Atom Müll werde in dem ausbetonierten, überdachten Senkschacht nur „fünf bis sechs Jahre“ gelagert, damit Wissenschaftler die „einmalige Chance“ nutzen können, „Stahlqualitäten von einem Reaktor zu untersuchen“ (GKSS-Geschäftsführer Erich Schröder).

Besondere Eile werden die Geesthachter Forscher, so steht zu erwarten, bei ihren Untersuchungen nicht an den Tag legen. Denn die von der Kieler Landesregierung ausgestellte Genehmigung, „mit radioaktivem Material umzugehen“, ist unbefristet. Und eine Endlagerstätte, die den Reaktorbehälter nach den Tests aufnehmen könnte, gibt es in Westdeutschland nicht.

Die Proteste gegen die „heimliche Einführung der Endlagerung in Geesthacht“, so eine örtliche Bürgerinitiative, markieren denn auch ein überörtliches Dilemma: Obwohl nach Bonner Planungen bis 1990 neun weitere Reaktoren ans Netz gehen sollen und der nukleare Abfall-Anfall stetig anschwillt, scheint eine Lösung der Entsorgungsprobleme ferner denn je.

Mittelaktiv strahlender Müll wie der Reaktorbehälter der „Otto Hahn“ müßte — wenn die GKSS nicht Forschungszwecke geltend machen könnte — eigentlich in eine Spezialdeponie gebracht werden. Doch an Lagerstätten dieser Art mangelt es in Westdeutschland, seit 1978 das ehemalige Salzbergwerk Asse in Niedersachsen geschlossen wurde.

Für die abgebrannten Uranstäbe der „Otto Hahn“, die bereits vor zwei Jahren im Hamburger Hafen demontiert wurden, gibt es, wie auch für die Brennelemente anderer Reaktoren, überhaupt keine Endlagerstätte — ein Umstand, der womöglich das Bonner Atomprogramm scheitern lassen kann.

Die jahrelang gehegte Hoffnung, in einem Salzstock bei Gorleben in Niedersachsen könne eines Tages ein Endlager für hochgradig gefährlichen Müll entstehen, schwindet dahin: Bei ihren bislang 125 Probebohrungen stießen Geologen auf unterirdische Risse und wasserführende Rinnen. „Die Zweifel in Gorleben“, weiß der Bonner SPD-Energieexperte Harald B. Schäfer, „werden größer.“ Fundierte Aussagen

scher oberirdischer „Zwischenlager“ in Gorleben und Ahaus (NRW) vor, in denen Uranstäbe, verpackt in gußeiserne Transportbehälter, bis zu dreißig Jahre lang aufbewahrt werden sollen. Einige Fachleute aber halten diese Lager für atomare Zeitbomben.

Der Wiener Physiker und Ökologe Helmut Hirsch warnte, die Dichtungen der Behälter könnten bereits nach wenigen Jahren zerfallen, so daß gasförmige Spaltprodukte entweichen. Bei einem Ausfall der Lagerhaus-Kühlung, so fürchten andere Kritiker, drohe gar einer der größten anzunehmenden Unfälle: Niederschmelzen des radioaktiven Inventars.

Angesichts dieser Entsorgungslage ist zu erwarten, was auch GKSS-Manager



Reaktorgefäß-Transport*: Strahlend ins Grab

über eine Eignung des Salzstocks sind, so die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, frühestens „um 1993“ möglich.

Eine Abnahme abgebrannter Uranstäbe durch die Wiederaufarbeitungsanlage im französischen La Hague aber ist vertraglich nur bis 1985 gesichert. Atomwirtschaftler befürchten, daß der sozialistische Präsident François Mitterrand einer Vertragsverlängerung zugunsten der Bonner Atompläne nicht zustimmen wird.

Wenn La Hague ausfällt, fehlt es an Ersatz: Die in Hessen geplante Wiederaufarbeitungsanlage könnte frühestens 1992/93 in Betrieb gehen. Eine Aufbewahrung abgebrannter Uranstäbe innerhalb der Kraftwerke genehmigen Gerichte zum Teil nur noch befristet; das Verwaltungsgericht Regensburg etwa erlaubte unlängst eine „Kompaktlagerung“ im Kraftwerk Ohu nur bis zum 1. Mai 1984.

Zwar sehen Bonner Pläne für 1985 und 1988 die Inbetriebnahme provisorischer

nicht ausschließen: daß der aktive Rest der „Otto Hahn“, des „technologischen Flaggschiffes der deutschen Handelsflotte“ (Bonns Ex-Forschungsminister Hans Matthöfer), zumindest bis in die neunziger Jahre strahlend in seinem Betongrab stecken wird.

Auch die Umweltschützer, die letzte Woche gegen die Anlieferung des Atommülls nach Geesthacht protestierten, tun sich schwer, alternative Lösungen aufzuzeigen. In einer Vorbereitungsveranstaltung der Atomgegner — von denen einer fragte, ob er sich „in Tücher einwickeln“ müsse, um Strahlungsschäden durch den Transport vorzubeugen — wurde vorgeschlagen, die GKSS solle die „Otto Hahn“ samt Reaktorhülle doch „in der Nordsee verankern und dort dreißig Jahre liegenlassen“.

GKSS-Manager Schröder zeigte sich über die Proteste der Kernkraftgegner verwundert: „Die müßten sich doch eigentlich freuen, wenn wir atomare Anlagen abbauen.“

* Letzte Woche in Geesthacht.